Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis [illegible] monatlich 6.00 M., durch die Post [illegible] 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 4gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Erscheinen [illegible] 30 Pf.

Nr. 40 | Dresden, Donnerstag den 17. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der deutschnationale Parteikrach

Der Vorwärts veröffentlicht ein von der deutschnationalen [illegible] ausgehendes Rundschreiben, das natürlich nicht [illegible] bestimmt war und in dem scharfe Angriffe [illegible] die deutschnationale Parteileitung gerichtet werden.

[illegible] wird dem Parteivorsitzenden Hergt nachgesagt, daß er [illegible] Geld abgezeichnet, nachher aber be[illegible] er habe niemals Judengeld für die Partei ange[illegible]. Ebenso wird es der Parteileitung zur Last gelegt, daß [illegible] Stadtverordneten im Berliner Rathaus für [illegible] des Juden Dr. Weyl zum Bürgermeister stimmten. Selbst [illegible] Antisemitismus bisher wirklich unverdächtigen [illegible] Anklam, wird nachgesagt, er habe mit Hilfe [illegible] jüdischen Korrespondenzbureaus Lewin den Presseapparat der [illegible] versucht.

Einen weiteren Anklagepunkt bildet das Verhältnis der [illegible] zur Vera-Verlagsgesellschaft, die von Krupp zu [illegible] Zwecken gegründet und mit dem Ankauf von Zeitungen [illegible] Rechtsparteien beschäftigt ist. Leiter dieser Verlagsgesellschaft ist ein Jude namens Gerschel. Von den Finanzgeschäften der Partei wird behauptet, daß eine grenzenlose Mißwirtschaft in ihren Bereiche. Bei der Sammlung zu den Preußen[illegible] der Kruppdirektor Hugenberg verlangt. Infolgedessen [illegible] dazu übergegangen, bei der Aufstellung der Kandidaten [illegible] parlamentarische Vertreter zugunsten [illegible] Persönlichkeiten abzuschieben. Diese [illegible], wie man sie in den Kreisen der deutschnationalen [illegible] nennt, sollen aber erklärt haben, nur zahlen zu wollen, [illegible] gewählt seien. Da habe es lange Gesichter im Partei[illegible], namentlich bei den Parteibeamten, die schon die [illegible] der Partei befürchteten und sich darauf vorbe[illegible] zur geldkräftigeren Deutschen Volkspartei überzugehen.

Einen ganz besonders heftigen Kampf führen die deutsch[illegible] Antisemiten auch gegen den Alldeutschen Verband und dessen Vorsitzenden, Herrn Heinrich Claß. Diesem wird [illegible] vorgeworfen, er habe nach dem Kriege getaufte Juden in den Verband aufgenommen, er habe den gesinnungstreuen [illegible] der Deutschen Zeitung hinausgeworfen und ihm durch [illegible] einer Schmähschrift" gegen die Hohenzollern, Max [illegible] erlebt. Claß selbst sei als Monarchist unzuverlässig, er habe sich durch die Kritik, die er während des Krieges [illegible] Politik Wilhelms II. übte, geradezu zum Vorkämpfer des [illegible] Umsturzes gemacht. Auch vor noch persönlicheren Angriffen schreckt man nicht zurück. Man behauptet, Herr [illegible] in den bewegten Zeitläuften seit dem November 1918 [illegible] Mangel von Mut bewiesen, nachdem [illegible] mit überstürzter Schnelligkeit verlassen, hätte der französische General Mangin von ihm gesagt: „Dieser Claß hätte [illegible] bleiben können. Solche Leute gönnen wir den Boches."

Es spielt noch viel mehr persönlicher Klatsch in diesen deutschnationalen Froschmäusekrieg hinein, und es widerstrebt uns, in seine tiefsten Tiefen mit hinabzusteigen. Was hier kurz zusammengefaßt wiedergegeben ist, genügt, um die Schärfe der Gegensätze erkennen zu lassen, sowie die Methoden, nach denen der Kampf geführt wird. So sehen die „Retter des Vaterlandes" aus, wenn sie unter sich sind!

Erhöhung der Tabaksteuer

Berlin, 16. Februar. Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, vom 1. April ab die Ermäßigung der Steuersätze aus dem Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 von 50 auf 30 v. H. herabzusetzen. Zu dieser Frage nahm der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates Stellung, wobei die Interessenten, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich gegen diese beabsichtigte Höherbelastung aussprachen, weil die deutsche Industrie gegenüber der illegitimen und legitimen Einfuhr konkurrenzunfähig werde. Außerdem wünschten die Interessenten eine Durchstaffelung der Steuergesetze bis zum Mindestsatz von 41 M., während zur Zeit ein Mindestsatz von 87 M. gilt. Von Regierungsseite wurde darauf hingewiesen, daß die Industrie ihre Friedensproduktion bereits nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten habe. 1913 wurden 12,9 Milliarden, 1920 etwa 16 bis 17 Milliarden Zigaretten versteuert.

In der Beratung kam ferner zum Ausdruck, daß die Verhältnisse in bezug auf unsere Valuta und der Weltmarktpreis für Tabak sich so verändert haben, daß eine Erhöhung der Steuer durch den Wegfall eines Teiles der Ermäßigung gerechtfertigt erscheint. Die überall notwendig werdende Erhöhung der Versteuerung könne vor der Zigarette nicht haltmachen. Auch soziale Gesichtspunkte könnten dabei nicht geltend gemacht werden, weil die Zahl der Arbeiter in der Zigarettenindustrie sich erhöht habe. Jede Bevorzugung der Zigarettenindustrie würde auch die Zigarrenindustrie in Mitleidenschaft ziehen, in der Arbeitskräfte vermindert werden mußten. Der Antrag der Interessenten wurde daher abgelehnt und ein anderer Antrag angenommen, der bestimmt, daß die jetzige Regelung der Tabaksteuer auf ein Jahr festgesetzt werden soll.

Die Alliierten und das deutsche Budget

Im Beschluß des Berichts der alliierten Sachverständigen der Brüsseler Konferenz, der der Entente-Kommission im Wortlaut vorliegt, wird das deutsche Budget scharf kritisiert. Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen schließen mit einem Defizit von [illegible] Milliarden ab. Der Bericht sieht eine Deckung dieses Defizits durch eine Anleihe ab, hält aber eine weitgehende Herabsetzung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen für notwendig.

Was die Ausgaben angeht, so wird versucht zu beweisen, daß die Posten für die Unterhaltungskosten der Okkupationsarmee und die Durchführung des Friedensvertrages im allgemeinen zu hoch angesetzt seien. Ein Teil der bereits bewilligten Kredite wird auf 1921 überschrieben werden müssen, weil am 12. Dezember 1920 die tatsächlich seit dem Waffenstillstand geleisteten Zahlungen 4 Milliarden [illegible] Millionen betrugen, während 16 Milliarden [illegible] Millionen bewilligt wurden. [illegible] 28 Prozent. Ebenso sind die für die Ausführung des Friedensvertrages im Jahre 1921 bewilligten 25 Milliarden [illegible] Unterlagen versehen. Am 1. Dezember 1920 waren noch unverbraucht von den bisher bewilligten Milliarden 24 Milliarden [illegible] Millionen. Augenscheinlich, fährt der Bericht fort, entspreche die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach außen nicht der Zahl von [illegible] Milliarden, die im Budget figurieren. [illegible] bis zum 1. Dezember 1920 nur 17 Milliarden [illegible] 42 Milliarden [illegible] worden, [illegible] Summen, vom Waffenstillstand an gerechnet.

Optimistischer könne man sein hinsichtlich der wirtschaftlichen Betriebe, die das Reich bisher geleitet habe. [illegible] auf Frage 24 von der deutschen Delegation erteilten Antwort [illegible] Milliarden Mark davon 10 Milliarden zur Deckung [illegible] Lebensmittelkosten, 16 Milliarden für Eisenbahndefizite usw. „Diese Ausgaben," erklärte der Bericht, „lassen sich bei der finanziellen [illegible] Deutschlands nicht rechtfertigen (!) und müssen schleunigst, wenn auch nur teilweise, verschwinden. Man müsse hoffen, daß sich das Gleichgewicht der Eisenbahnen des Reiches bald wiederherstellen werde. Von den 19 Milliarden dürften 6 Milliarden, die für Erneuerung eingesetzt seien, sich nicht wiederholen. 4 Milliarden müßten durch Entlassungen erspart werden, 6 Milliarden des Defizits müßten durch Erhöhungen der Tarife ausgeglichen werden. Die bisherige Erhöhung der Eisenbahntarife stehe nicht im Verhältnis zur Entwertung der Mark. Die Zuschüsse zum Handelsschiffbau müßten gestrichen werden, die Lebensmittelzuschüsse würden überflüssig, sobald die deutsche Handelsbilanz wieder im Gleichgewicht sei. Deutschland müsse möglichst bald wieder zur Freiheit des Lebensmittelhandels zurückkehren. Die Furcht vor politischen Unruhen rechtfertige nicht diese Ausgaben.

Zur Vermehrung der Einnahmen des Reichs wird gesagt, daß die Einkommensteuer höchstwahrscheinlich mehr als die im Budget von 1920 angesetzten [illegible] Milliarden Mark tragen werde. **Es wird ausdrücklich zugegeben, daß, was die direkten Steuern angehe, die Höchstgrenze erreicht sei, und daß man sogar daran denken müsse, im Interesse der wirtschaftlichen Erhaltung Deutschlands gewisse, Handel und Industrie schwer treffende Steuern herabzusetzen.** Die Umsatzsteuer könne aber noch verschärft werden, denn sie sei in gewisser Beziehung ein Korrektiv gegen die Inflation. Hierauf folgen Vergleiche zwischen den indirekten Steuern in den alliierten Ländern und denen in Deutschland. Es sei zugegeben, daß die Kaufkraft der Goldmark auf dem deutschen Markt im Jahre 1914 der [illegible] Sterling, 4 Franc und 10 [illegible] Papiermark entspricht. Danach sei das deutsche Ergebnis der Alkoholsteuer [illegible] ein Dreihundertstel des Ergebnisses in Frankreich [illegible] England und ein [illegible]. Dieser Vergleich wird dann noch weiter durchgeführt mit dem Resultat, daß die Alkoholsteuer in Deutschland sehr erheblich erhöht werden könne, aber ebenso auch die Tabak-, Zucker-, Kaffee-, Teesteuern, die viel zu niedrig seien. Was die Kohle angehe, so sei der Preis auf dem deutschen Markt ungefähr 300 M., in Frankreich ungefähr 50 Goldmark oder 900 Papiermark. Ein zehnprozentiger Zuschlag zu der bestehenden 20prozentigen Kohlensteuer würde [illegible] Milliarden Mark für die [illegible]. Ebenso müßten die Zollsätze erhöht werden, nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen; denn die geringen Zollsätze (nach dem Berichte 250 Millionen Goldmark im Jahre 1920 gegen 700 Millionen Mark vor dem Kriege) verschafften dem deutschen Export sehr erhebliche Vorteile, die vielfach zu wirklichem Dumping führten. Eine kräftige Erhöhung der Zollsätze sei das beste Mittel gegen Zollkriege.

Es folgen die allgemeinen Schlüsse, die aus dem Vorstehenden gezogen werden. Danach ist in sehr naher Zeit eine Balancierung des deutschen Budgets unter Voraussetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erwarten. Die außerordentlichen Ausgaben, Unterstützungen usw., müßten verschwinden, und zwar so schnell, als es in Anbetracht auf mögliche soziale Unruhen möglich sei. Alle Ausgaben, die durch die Vertragsdurchführung erwachsen, müßten möglichst heruntergestrichen werden, soweit sie die Wiedergutmachung nicht in ihrem Kredit kommen ließen, und zwar nicht nur seitens der deutschen Regierung, sondern auch seitens der Alliierten. Die Kosten der Wiedergutmachung müßten durch neue Einnahmequellen des Reichs, besonders indirekte Steuern, gedeckt werden. Der Bericht ist der Ansicht, daß in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum das Reich imstande sein werde, seinen Verpflichtungen [illegible] nachzukommen, ohne dauernde Vermehrung seiner [illegible]. Man dürfe niemals den [illegible] Aufschwung, den Deutschland in den letzten Monaten genommen habe, vergessen. Die alliierten Regierungen seien bereit, jede ernstliche [illegible] der deutschen Regierung [illegible] Reichs zur Ordnung seiner Finanzen zu unterstützen, um auf diese Weise zu vermeiden, die Rechte ausüben zu müssen, die ihnen [illegible]

Noch kein Programm für London

Paris, 17. Februar. Reuter veröffentlicht folgende Meldung: Man besitzt in London noch keine offiziellen Informationen bezüglich der Zusammensetzung der französischen, italienischen, belgischen und deutschen Missionen, welche für die bevorstehende Londoner Konferenz erwartet werden. Man weiß bis jetzt nur, daß der Außenminister Dr. Simons sich unter den deutschen Delegierten befinden wird. Ferner kennt man die Namen der Vertreter der Missionen von Konstantinopel und Angora. Die erste Konferenz dürfte sich mit den griechisch-türkischen Verhältnissen beschäftigen und am 21. Februar in Downingstreet eröffnet werden. Bis jetzt ist noch kein Programm aufgestellt. Man nimmt an, daß der Oberste Rat vor der [illegible] Konferenz die schwebenden Fragen noch einmal unter sich besprechen wird. Es herrscht die Ansicht vor, daß Deutschland sobald als möglich seine Vorschläge bezüglich der Zahlungen machen werde, damit man [illegible] noch vor Beginn der Konferenz prüfen könne.

Daily Mail meldet, daß der bekannte deutsche Finanzmann Karl Melchior, der schon früher Mitglied der Friedensdelegation in Paris war, zur Londoner Konferenz entsandt werde.

Die kemalistische Delegation ist, aus Rhodos kommend, an Bord des Torpedobootes Audace in Brindisi eingetroffen. Sie ist sofort über Rom nach London weitergereist.

Angora und Moskau

Die [illegible] Zeitung von Angora veröffentlicht folgende Erklärung Mustafa-Kemal-Paschas: Unsere Beziehungen zu Moskau sind dauernd sehr freundschaftlich. Das will jedoch nicht sagen, daß wir die Prinzipien der Kommunisten annehmen, denn die sozialen Bedingungen der Türkei gestatten ihre Ausübung nicht. Die kommunistischen Parteien, die sich bei uns gebildet haben, haben dies eingesehen und ihre Tätigkeit eingestellt. [illegible] Verhandlungen zu Moskau gehen nur auf die Beibehaltung guter Nachbarschaft aus. Wenn wir an der Londoner Konferenz teilnehmen, so kann keine Rede davon sein, daß dadurch unsere Beziehungen zu Moskau beeinträchtigt werden.

Ein „Zwischenfall"

Eigene Drahtmeldung

Wien, 17. Februar. Bei der Besichtigung der Zerstörungsarbeiten auf dem Flugfelde von Wiener Neustadt durch Mitglieder der interalliierten Luftfahrtkontrollkommission ereignete sich ein Zwischenfall. Der englische Oberst Fletcher, der mit dem mit den Arbeiten betrauten Ingenieur wegen des langsamen Fortschreitens der Abmontierung sprach, kam mit ihm zu einer heftigen Auseinandersetzung, wobei der Oberst dem Ingenieur einen Stoß vor die Brust versetzte, ihn am Kragen durch die Flughalle schleppte und zur Tür hinausstieß. Als Protest legten sämtliche Arbeiter sofort die Arbeit nieder und versammelten sich vor der Flugzeughalle. Unter diesem Drucke war der Oberst gezwungen, sich zu entschuldigen.

Die englischen Grubenbesitzer sperren aus

Eigene Drahtmeldung

London, 17. Februar. Das sozialistische Blatt Daily Herald berichtet: Die Grubenbesitzer von England haben beschlossen, Aussperrungen vorzunehmen, um die Löhne der Bergarbeiter dem Kohlenpreis entsprechend anzupassen.

Die Londoner Konferenz

Eigene Drahtmeldung

London, 17. Februar. Die bevorstehende Londoner Konferenz wird im St.-James-Palast stattfinden. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. [illegible] und [illegible] werden an der Reparationskonferenz teilnehmen. Die türkische Delegation wird am Sonnabend in London eintreffen.

Deutschlands Kohlenlieferungen im Januar

Paris, 17. Februar. Die deutschen Kohlenlieferungen beliefen sich nach französischen Angaben im Januar auf 1 8[illegible] Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1 06[illegible] Tonnen, Italien 26[illegible] Tonnen, Belgien 274 6[illegible] und Luxemburg 1[illegible]112 Tonnen.

Kündigung des Ueberschichtenabkommens

Essen, 17. Februar. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung teilt mit, daß die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände auf der gestrigen Konferenz beschlossen haben, das Ueberschichtenabkommen im Ruhrbergbau zu kündigen. Vom 15. März an sollen, eventuelle weitere Verhandlungen vorbehalten, keine Ueberschichten mehr verfahren werden.

Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich haben nach der Voss. Ztg. beim Dortmunder Oberbergamt Verhandlungen mit dem Bergarbeiterverband in der Frage der Neuregelung der Lebensmittelsonderzulagen für die Bergarbeiter stattgefunden, die aber bisher zu keinem Ergebnis geführt haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210217/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG